

STADTBAUAMT
Sulzbach-Rosenberg

Az: 610.11/6-62-2a We/W

SATZUNG

zur Änderung der Satzung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes
"Annaberg-Südhang" vom 08.11.1985 für die Parzelle Nr. 89,
Fl.Nr. 1316/13, Gemarkung Sulzbach.

Aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), geändert durch Gesetz vom 25.07.1988 (BGBl. I S. 2093) sowie geändert durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 i.V.m. dem Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl. II S. 885, 1122) i.V.m. der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1981 -PlanzV 81) vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833), Art. 91 Abs. 3 der Neufassung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) vom 02.07.1982 (GVBl. S. 419, ber. S. 1032), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.06.1990 (GVBl. S.213), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990 in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 i.V.m. dem Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl. I S. 885, 1122) und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.1989 (GVBl. S. 586), geändert durch Gesetz vom 10.08.1990 (GVBl. S. 268) erläßt die Stadt Sulzbach-Rosenberg die dem Landratsamt Amberg-Sulzbach gemäß § 13 Abs. 1 Satz 3 BauGB angezeigte

SATZUNG

zur Änderung der Satzung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes
"Annaberg-Südhang" vom 08.11.1985 für die Parzelle Nr. 89,
Fl.Nr. 1316/13, Gemarkung Sulzbach.

§ 1

Auf der Parzelle Nr. 89 Fl.Nr. 1316/13, Gem. Sulzbach, wird künftig ein Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoß - E + D - zugelassen. Als Dachform wird ein Satteldach mit einer Dachneigung von 38 - 42° festgesetzt. Dachgauben sind zulässig. Garagen sind nur in gemauerter Bauweise mit Satteldach mit einer Dachneigung von 15 - 20° zulässig.

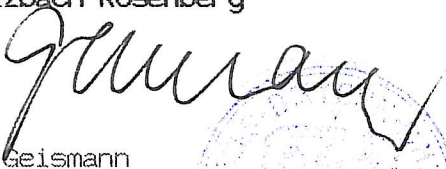
Der ursprünglich auf der Parzelle Nr. 89 festgelegte Kinderspielplatz wird um ca. 20 m in Richtung Nordwesten verschoben.

Der Bestandsplan M. 1 : 1000 vom 13.05.1992 ist Bestandteil dieser Satzung.

Die Änderung des Bebauungsplanes tritt gem. § 12 BauGB mit dem Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig werden die bisher für die Parzelle Nr. 89 geltenden Festsetzungen unwirksam."

Sulzbach-Rosenberg, den 22.09.1992
ausgefertigt am 04.01.1993

STADT
Sulzbach-Rosenberg


Geismann
1. Bürgermeister

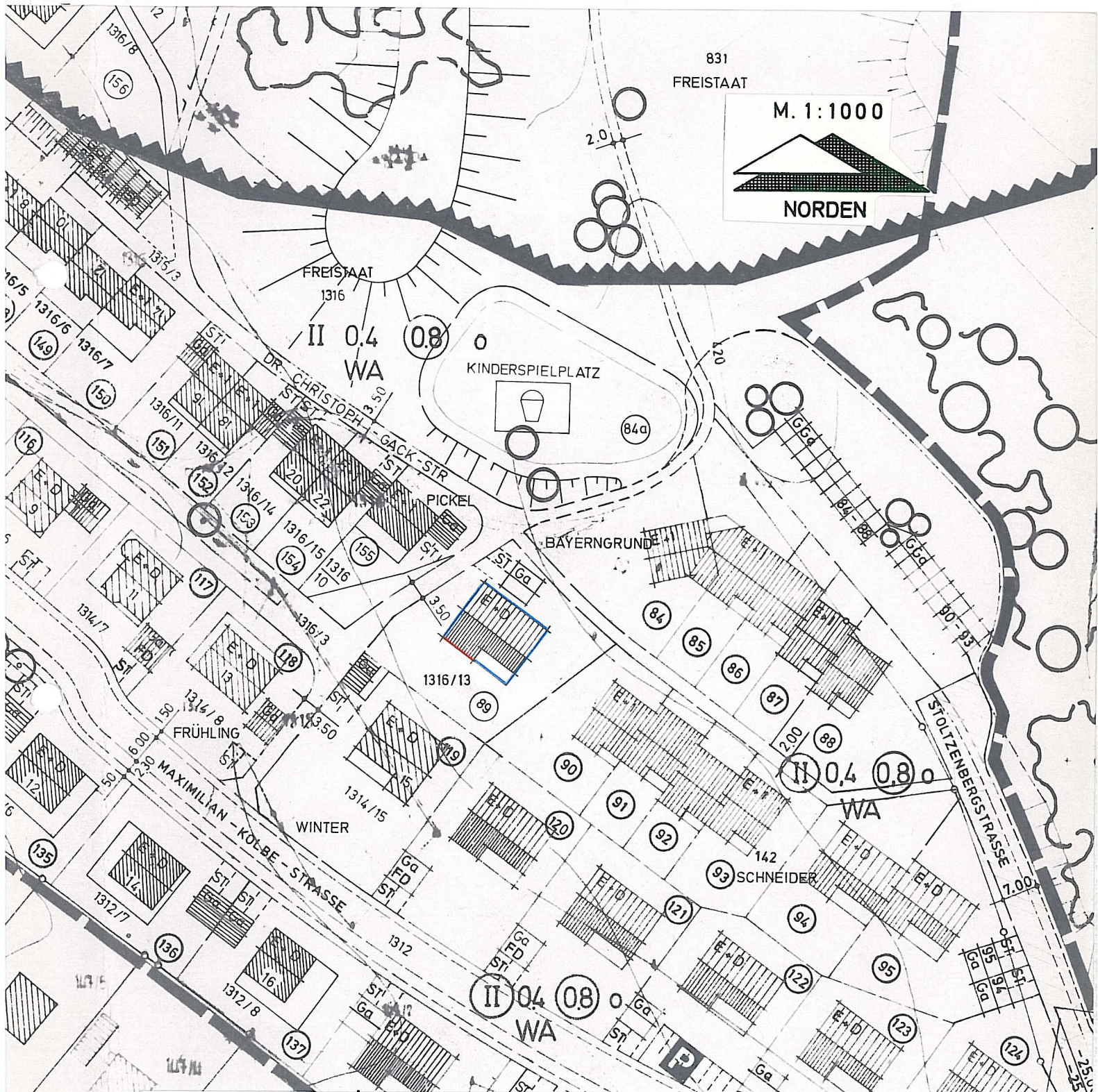


Bekanntgemacht durch Anschlag in der Zeit vom 11.01.1993 mit 25.01.1993 und Veröffentlichung in der Sulzbach-Rosenberg Zeitung.

A U S S C H N I T T AUS DEM RECHTSKRÄFTIGEN BAULEITPLAN (BEBAUUNGSPLAN) FÜR DAS BAUGEBIET "A N N A B E R G - S Ü D H A N G"

VEREINFACHTE ÄNDERUNG GEMÄSS § 13 BauGB IM BEREICH DER PARZELLE NR. 89, FL.NR. 1316/13 Tfl., GEMARKUNG Sulzbach

B E S T A N D S P L A N M . 1 : 1 0 0 0



STADT SULZBACH-ROSENBERG

Geismann

Geismann
1. Bürgermeister

SULZBACH-ROSENBERG, 13.05.1992
STADTBAUAMT

Strobel

Strobel
Sachgebietsleiter

STADTBAUAMT
Sulzbach-Rosenberg
Az: 610.11/6-62-2a We/re

1.

BEKANNTMACHUNG

Vollzug der Baugesetze und der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO);
Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplans "Annaberg-Südhang" für die
Parzelle Nr. 89, Fl.Nr. 1316/13 Gem. Sulzbach

Anlage: 1 Satzung

Die vom Stadtrat der Stadt Sulzbach-Rosenberg am 22.09.92 beschlossene Satzung zur Änderung des o.g. Bebauungsplans wurde dem Landratsamt Amberg-Sulzbach gemäß § 13 Abs.1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) angezeigt.

Das Landratsamt hat mit Schreiben vom 23.12.1992 mitgeteilt, daß keine Verletzung von Rechtsvorschriften vorliegt.

Die Änderung des o.g. Bebauungsplans tritt somit mit dem Tag dieser Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig werden die bisher für den Bereich der Parzelle Nr. 89 und die nördlich an die Dr. Christoph-Gack-Straße angrenzende Teilgrünfläche geltenden Festsetzungen unwirksam.

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan liegt ab sofort zu jedermanns Einsicht und Auskunft bereit. Er kann während der üblichen Dienstzeiten im Stadtbauamt Sulzbach-Rosenberg, Luitpoldplatz 25, Zimmer 2, eingesehen werden.

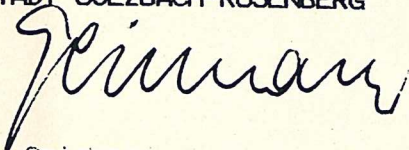
Es wird darauf hingewiesen, daß eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen von Satzungen nach dem Baugesetzbuch unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt geltend gemacht worden sind.

Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Ferner wird gemäß § 44 Abs. 5 BauGB darauf hingewiesen, daß Entschädigungsber-
rechtigte Entschädigung verlangen können, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB
bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Sie können die Fälligkeit
des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß sie die Leistung der Entschädigung
schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragen. Der Entschädigungs-
anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalen-
derjahres, in dem die in Absatz 3 Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile ein-
getreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Sulzbach-Rosenberg, den 04.01.1993

STADT SULZBACH-ROSENBERG



Geismann

1. Bürgermeister

2. Veröffentlichungen:

- 2.1 an den Anschlagstellen in der Zeit vom 11.01. mit 25.01.1993
- 2.2 im redaktionellen Teil der Sulzbach-Rosenberger Zeitung

Vorliegendes Druck-/Schriftstück wurde
entsprechend der Anordnung ordnungsge-
mäß veröffentlicht und ortsüblich be-
kanntgemacht.

8458 Sulzbach-Rosenberg
STADT SULZBACH-ROSENBERG

I.A.

Geismann 26.01.1993